

Von: [Cerny Barbara](#)
An: hadinger@steinhof-erhalten.at
Cc: [MDP Post](#)
Thema: GSK-24803/2013; MDP 3170/2011
Datum: Donnerstag, 12. September 2013 10:08:11

Büro der Geschäftsgruppe
Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz,
Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung
1., Rathaus, 1082 Wien

GSK – 24803/2013

Sehr geehrter Herr Ing. Hadinger!

Vielen Dank für Ihr Schreiben vom 9. Juli 2013 an Herrn Bürgermeister Dr. Michael Häupl, das an unser Büro zur Beantwortung übermittelt worden ist. In letzter Zeit kommt es auf Grund sehr vieler Anfragen an unser Ressort zu zeitlichen Verzögerungen bei unseren Antworten, ich ersuche Sie dafür um Verständnis.

2011 war die angekündigte Streichung der geplanten Wohnbebauung nördlich des VAMED-Gebäudes eine damals möglich erscheinende Variante zur Reduktion der bebauten Flächen. Zwischenzeitlich haben sich die Rahmenbedingungen geändert, nicht zuletzt aufgrund des Mediationsverfahrens.

Im aktuell laufenden Entwicklungsplanungsverfahren agieren die geladenen PlanerInnen auf Flächen, die zuvor im Rahmen der Mediationsvereinbarung vom 4. September 2012 festgehalten und von einem unabhängigen ExpertInnengremium auf Basis raumplanerischer, kulturhistorischer und ökologischer Aspekte auf mögliche Baufelder eingegrenzt wurden. Das ExpertInnengremium hat damit dezidiert Flächen festgelegt, auf denen nicht gebaut werden darf und hat damit die Möglichkeiten für bauliche Maßnahmen auf ein geringeres Ausmaß reduziert als 2011 angekündigt.

Dass es nicht bei den ursprünglichen Plänen geblieben ist, liegt vor allem daran, dass die Stadt Wien ein Mediationsverfahren beauftragt hat, bei dem am 4. September 2012 eine Vereinbarung u.a. über die weitere Vorgangsweise für das Ostareal getroffen wurde.

In der Präambel der Mediationsvereinbarung ist festgehalten, dass Konsens darüber erreicht wurde, dass ein ExpertInnengremium Gebäude und Flächen aller Bauplätze des Ostareals unter dem Gesichtspunkt „schützenswerte Substanz des Gesamt-Ensembles“ unter besonderer Berücksichtigung der kulturhistorischen Bedeutung, Ökologie und Raumplanung beurteilen soll.

In der Mediationsvereinbarung wurde beim Themenfeld Neubau festgehalten: „Beurteilung der Gebäude und Flächen aller Bauplätze unter dem Gesichtspunkt schützenswerter Substanz des Gesamtensembles durch ein ExpertInnengremium,

für dessen Besetzung auch die BürgerInneninitiative Vorschläge einbringt.“
Abweichende Stellungnahmen gab es bei diesem Punkt von acht VertreterInnen der anwesenden BürgerInneninitiativen: vier Personen, darunter Sie, waren generell gegen einen Neubau, vier Personen nur für Neubauten, wenn ein möglicher Welterbestatus nicht gefährdet würde.

Das Ergebnis dieses unabhängigen ExpertInnenremiums wurde am 3. April 2013 der Öffentlichkeit präsentiert. Es wurden unter Einbindung von zwei VertreterInnen der BürgerInneninitiative Grundsätze für die weitere Entwicklung festgeschrieben, Baufelder und Freihalteflächen definiert. Und es wird nun auf deren Vorschlag ein neuartiger kooperativer Planungsprozess durchgeführt. Ziel dieses Prozesses ist es, das Areal wieder in einen Zustand zu bringen, der dem kulturhistorischen Stellenwert adäquat ist.

Sechs erfahrene Wiener ArchitektInnen(teams) aus mehreren Generationen wurden zu einer sogenannten Entwicklungsplanung eingeladen, um sorgfältigst auszuloten, an welchen einzelnen Punkten eine Bebauung aus städtebaulicher Sicht innerhalb der zuvor grob vom Gremium definierten Felder möglich ist. VertreterInnen der BürgerInneninitiative wurden im Sinne der in der Mediation vereinbarten Transparenz eingeladen, an den Workshops in beobachtender Funktion teilzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Smolik, BA
Büroleiterin

Büro Vizebürgermeisterin und
amtsf. Stadträtin Mag.^a Vassilakou

Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr,
Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung
Tel: 4000-81674
Fax: 4000-99-81670
mailto: post@gsk.wien.gv.at

